



VARIANTE EINS

Gläubiger akzeptieren Angebot

- Gläubiger bekommen statt 10,2 Milliarden 7,8 Milliarden Euro cash binnen Tagen bezahlt
- Sie erhalten 75 % bzw. 30 % bei Nachranganleihen
- Sie können Bundesanleihen zu 75 zeichnen, die sie 2034 zu 100 einlösen können. Angebot steigt damit auf 82 %
- Kärnten kauft so die Heta-Anleihen, ist Haftungen los
- Kärnten zahlt 1,2 Milliarden Euro Kredit an Bund ab
- Bund finanziert auch Heta-Erlös (6,6 Milliarden) vor
- Heta wird abgewickelt, mögl. Lücke trägt Steuerzahler



Zustimmung oder Konkursgericht

Bis 17 Uhr haben die Gläubiger Zeit zu entscheiden: Werden die Milliardenhaftungen für die Heta schlagend, oder fallen sie ab.

ADOLF WINKLER

Die Finanzwelt blickt heute auf Kärnten und das Land bange auf die Uhr. Bis Punkt 17 Uhr entscheiden die Gläubiger der Hypo-Bad-Bank Heta, ob das Damoklesschwert der Milliardenhaftungen vom Land endlich abgeschüttelt werden kann, oder ob es mit voller Wucht auf Kärnten niedersaut. 75 Prozent oder 7,8 Milliarden Euro bietet das Land Kärnten den Gläubigern, die 10,2 Milliarden Euro für landesbehaltete Anleihen fordern, die sie der Hypo Alpe Adria in den Jahren 2007 abgekauft haben.

„Kein Nachbessern mehr“

Die Anspannung verschärft hat bis zum gestrigen Tag das hartnäckige Nein der großen Gläubigergruppen, zu denen sich die überwiegend deutschen Banken und amerikanischen Hedgefonds zusammenge-



Druck auch von Übersee: „Heta-Kriege: Die Gläubiger schlagen zurück“, gab das „Forbes“-Magazin 100 Prozent als unverrückbar vor

schlossen haben. Das Nein schleudern sie auch dem Besserungsangebot von Finanzminister Hans Jörg Schelling (ÖVP) entgegen, der mit einer 18-jährigen Nullkuponanleihe die Rückzahlungsquote für die Gläubiger auf 82 Prozent erhöht. Im Finanzministerium gilt nun: Rien ne va plus. „Eine Nachbesserung am Freitag ist nicht mehr möglich, schon aus rechtlichen Gründen“, lässt Schelling verlauten. Jede weitere Nachbesserung würde gegen

EU-Beihilfenrecht verstoßen. Für Kärnten schloss Finanzreferentin Gaby Schaunig (SPÖ) nochmals jede Möglichkeit der Nachbesserung aus.

Kartellrechtsfrage

Schelling und der Kärntner Landeshauptmann Peter Kaiser hatten die Gläubigerpools eindringlich aufgefordert, ihr Lock-up aufzugeben. Diese Vereinbarung, nur 100 Prozent zuzustimmen, sei kartellrechtlich problematisch. Die Bundes-



wettbewerbsbehörde konnte gestern auf Anfrage der *Kleinen Zeitung* keine laufenden Ermittlungen bestätigen. Ob Beschwerde eingereicht sei, blieb offen.

Bangen bis Montag

Der Druck stieg zuletzt auch aus den USA. „Heta-Kriege: Die Gläubiger schlagen zurück“ schwor das Magazin „Forbes“ die Gläubiger darauf ein, auf 100 Prozent Rückzahlung zu bestehen. Für den sich immer mehr abzeichnenden Ablehnungsfall gab sich Kaiser gestern im Landtag prozess- und kampfbereit: „Kärnten ist gewappnet.“ Wissen soll man es erst am Montag, wenn die von Schanig geholten Experten von J. P. Morgan und Citigroup dem Kärntner Ausgleichszahlungsfonds das Ergebnis der Gläubigerantworten vorrechnen.

VARIANTE ZWEI

Gläubiger lehnen ab: Insolvenz

- Finanzmarktaufsicht macht schmerzhafteren Schuldenschnitt, ca 50 % und 15 % (Nachrang)
- FMA beendet Moratorium vor 31. Mai, streckt aber Anleihen-Laufzeit, um Heta-Sofortkonkurs abzuwenden
- Gläubiger klagen sofort haftendes Land Kärnten, Bund
- Kärnten bestreitet Haftungen bis zum EU-Gerichtshof
- Kärnten muss Insolvenz anmelden, ungewiss ob sofort oder erst nach Jahren von Gerichtsprozessen
- Kärntens exekutierbares Vermögen wird verwertet



„Gehe davon aus, dass das Angebot nicht angenommen wird.“

Josef Christl, Bankenexperte



„Österreich wäre gut beraten, eine Einigung zu finden.“

Michael Grahammer, Hypo Vorarlberg

WAS EXPERTEN ERWARTEN

„Schellings Strategie überzeugt nicht“

Ex-Notenbanker Josef Christl ortet politisch eine vertane Chance.

WIEN. Offiziell halten sich Banker mit politischen Äußerungen zum Heta-Showdown extrem zurück. Ein Ex-Banker, der kein Blatt vor den Mund nehmen muss, ist **Josef Christl**, der vor seiner Beratertätigkeit als Bankenexperte einige Jahre in der Führungsspitze der Österreichischen Nationalbank war. Sein Urteil ist hart: „Schellings Gesamtstrategie ist nicht überzeugend“, so Christl. Deshalb geht er auch davon aus, dass das Offert des Finanzministers mehrheitlich nicht angenommen wird. „Alles andere würde mich überraschen.“ Das Prozessrisiko liege dann in erster Linie bei der Republik.

Christl weiter: „Ich habe aus ökonomischer Sicht nie verstanden, wie man Gläubiger zu einem Verzicht bringen will, indem man mit hohen Prozesskosten droht.“ Diese Drohung gehe vergleichsweise ins Leere. Was viel wirkungsvoller gewesen wäre? „Es gab nun ein Jahr Zeit, ein Länder-

insolvenzgesetz zu schaffen. Das wäre nicht nur tatsächlich bedrohlicher gewesen, sondern hätte endlich Klarheit geschaffen und wäre für den Föderalismus gut gewesen.“

Dass die Länder nicht für die Einnahmen sorgen müssen, aber das Geld des Bundes ausgeben dürfen, begünstige einfach den „moral hazard“ – womit sinngemäß der Sittenverfall gemeint ist, dass Schuldner leichtsinnig Risiken eingehen, für die dann – wie bei der ehemaligen Hypo Alpe Adria – der Steuerzahler blutet. Christl sieht eine wichtige Chance der frühen Schuldenbegrenzung auf Länderebene vertan. „Das war alles nicht der Weisheit letzter Schluss.“

Aus Sicht des Finanzplatzes Österreich sei im Zuge des Heta-Debakels sehr viel Porzellan zer schlagen worden. Dass Anleihezeichner das Gefühl hätten, Österreich könnte nachträglich die Konditionen ändern, werde noch

lange nachwirken. Vor allem die Landes-Hypos hätten schon massive Schwierigkeiten beim Zugang zum internationalen Kapitalmarkt.

Die Uniqa wird als Heta-Gläubiger auch das nachgebesserte Abfindungsangebot für landesgarantiefähige Heta-Anleihen nicht annehmen und erwartet auch insgesamt keine Annahme, so Vorstandschef **Andreas Brandstetter**.

Selbst der Chef der Hypo Vorarlberg, **Michael Grahammer**, der das Rückkaufangebot annehmen und danach wahrscheinlich eine Bundesanleihe zeichnen will, erwartet insgesamt eine Absage der Gläubiger. Er drängt: „Österreich wäre gut beraten, eine Einigung zu finden.“

Optimistischer ist der Präsident des Fiskalrates, **Bernhard Felderer**. Im Gespräch mit dem Wirtschaftsblatt rechnet er mit dem Ja der Gläubiger in letzter Sekunde. **CLAUDIA HAASE**